Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

14. Januar 2020

Verordnung über die Auskunft zu Massnahmen des Erwachsenenschutzes; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 27. September 2019 eingeladen, zur Verordnung über die Auskunft zu Massnahmen des Erwachsenenschutzes eine Stellungnahme abzugeben. Wir lassen uns wie folgt vernehmen:

Zu Artikel 3 des Vorentwurfs erlauben wir uns die Anmerkung, dass die KESB des Kantons Solothurn aktuell nicht über die technischen Möglichkeiten verfügt, um elektronische Gesuche entgegenzunehmen.

Wird durch jemanden eine Auskunft über die eigene Person verlangt, will diese Person in der Regel eine amtliche Bescheinigung über ihre Handlungsfähigkeit (Handlungsfähigkeitszeugnis). Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dass die auskunftssuchende Person nicht wie in Artikel 7 Absatz 2 des Vorentwurfs vorgesehen an den Beistand oder den Vorsorgebeauftragten verwiesen werden sollte. Vielmehr wäre es zweckmässiger, wenn die KESB auch in den Fällen nach Artikel 7 Absatz 2 selbst der betroffenen Person eine Bescheinigung ausstellen könnte.

Schliesslich erachten wir die in Artikel 10 des Vorentwurfs festgelegte Pauschalgebühr in der Höhe von CHF 10.00 als zu gering. Unseres Erachtens sollte in der Verordnung auf die Nennung einer fixen Gebührensumme verzichtet werden und den Kantonen die Festsetzung überlassen werden.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Brigit Wyss
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber